

Endkunden-News im Mai 2024

Coronaflaute vorbei: Wohnungseinbrüche wieder auf Niveau von 2019

Infolge der eingeschränkten Bewegungsfreiheit während der Coronapandemie war die Zahl der (versicherten) Wohnungseinbrüche in Deutschland stark gesunken, von etwa 95.000 im Jahr 2019 auf 70.000 zwei Jahre später. Die Trendwende vollzog sich 2022, nun ist die Normalität zurück: 2023 erfassten die Versicherer erneut rund 95.000 Fälle. Immerhin ist das weit von den Spitzenwerten der 2010er-Jahre entfernt; so wurden von 2012 bis 2016 jährlich zwischen 160.000 und 180.000 Wohnungseinbrüche verzeichnet.

Die durchschnittliche Schadenssumme indes erreichte 2023 mit ca. 3.500 Euro einen neuen Höchstwert. Dadurch zahlten die Versicherer rund 40 Millionen Euro mehr aus als 2019, insgesamt 340 Millionen Euro. Um den unseligen Aufwärtstrend aufzuhalten, empfehlen sie Hausbesitzern, in Schutzmaßnahmen zu investieren. Vor allem einbruchhemmende Fenster und Türen würden die Sicherheit wesentlich erhöhen, weshalb die Versicherungswirtschaft auch für dahin gehend verschärfte bautechnische Mindestanforderungen plädiert. Schon heute lassen die Täter bei knapp jedem zweiten Einbruchversuch irgendwann ab, weil sie nicht schnell genug ins Haus gelangen.

Offene Immobilienfonds kämpfen mit Mittelabflüssen

17 Jahre lang pumpeten die Anleger mehr Geld in die offenen Immobilienfonds (OIF), als sie daraus abzogen. Tempi passati: In den ersten beiden Monaten dieses Jahres flossen netto rund 500 Millionen Euro aus OIF ab, wie die Ratingagentur Scope vermeldet. Deren Analysten rechnen mit noch stärkeren Entnahmen im weiteren Jahresverlauf, mit dem Höhepunkt im dritten Quartal. Im Wesentlichen sei dafür die wieder attraktivere Konkurrenz durch festverzinsliche Anlagen verantwortlich.

Für die Liquiditätssteuerung der OIF ergibt sich damit eine ungewohnte Herausforderung. Lange Zeit bestand das Hauptziel darin, die Geldmittelquote nicht zu hoch steigen zu lassen. Nun muss sichergestellt werden, dass jederzeit genug in der Kasse ist, um die Anleger auszahlen zu können. Einstweilen scheint die Zahlungsfähigkeit nicht gefährdet zu sein: Im Schnitt weisen die deutschen OIF eine Liquiditätsquote von 14,5 Prozent aus, gesetzlich gefordert sind 5 Prozent. Dennoch schließt Scope nicht aus, dass es zu einzelnen Rücknahmeaussetzungen kommt. Zudem könnten sich manche Fonds gezwungen sehen, Portfolioobjekte unter Zeitdruck und damit potenziell zu suboptimalen Preisen zu veräußern.

Kfz-Versicherer machen erneut Minus

Nachdem ihre Ausgaben schon 2023 die Beitragseinnahmen um mehr als 3 Milliarden Euro überschritten, dürfte auch dieses Jahr für die deutschen Kfz-Versicherer mit tiefroten Zahlen enden. Gemäß einer aktuellen Prognose des Versicherer-Gesamtverbands ist ein Minus von bis zu 2 Milliarden Euro zu befürchten: Beiträgen von 33,6 Milliarden stehen Ausgaben zwischen 34,9 und 35,6 Milliarden Euro gegenüber.

Der Hauptgrund für die Mehrkosten liegt in den sich fortlaufend verteuernenden Reparaturen. Sowohl die Werkstatt-Stundensätze als auch die Ersatzteilpreise steigen seit Jahren stark an. So mussten für Ersatzteile 2023 rund 70 Prozent mehr bezahlt werden als zehn Jahre zuvor, während die allgemeine Inflation sich in der derselben Zeitspanne akkumuliert auf 28 Prozent belief. Ein Haftpflicht-Sachschaden kostete 2014 im Schnitt noch rund 2.500 Euro, aktuell sind es ca. 4.000 Euro. Da die Versicherer die Verluste aus dem Kfz-Geschäft nicht dauerhaft aus anderen Sparten quersubventionieren können und dürfen, müssen sich Autobesitzer auf steigende Versicherungsbeiträge einstellen.

Immer mehr Fonds sind nachhaltig

Nachhaltig orientierte Fonds hatten es zuletzt nicht leicht, vor allem da sie am kurstreibenden KI-Boom kaum teilhaben. Sogenannte Artikel-9-Fonds, die auch als „dunkelgrün“ bezeichnet werden, mussten in der Folge Federn lassen: Seit März 2023 wurden in jedem Monat mehr Gelder abgezogen als neu investiert. Artikel-9-Aktiefonds büßten seither in Summe 20 Milliarden US-Dollar ein, während ihre Renten-Pendants 6 Milliarden hinzugewannen – unterm Strich also ein dickes Minus für das Artikel-9-Segment.

Langfristig indes können nachhaltige Fonds ihren Marktanteil stetig steigern. Mittlerweile folgen rund 55 Prozent der in Deutschland zugelassenen Fonds, die sogar 60 Prozent des Vermögens verwalten, den entsprechenden Vorgaben von Artikel 8 oder 9 der EU-Offenlegungsverordnung. In Summe sind das über 6.800 Fonds, aus denen die Anleger wählen können. Der Löwenanteil von 6.200 Fonds orientiert sich an den weicheren Anforderungen des Artikels 8 („hellgrün“), der lediglich eine Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und Unternehmensführungs-Aspekten verlangt.

Schadenssumme pro Fahrraddiebstahl steigt auf 1.100 Euro

Rund 150.000 Fahrraddiebstähle wurden den deutschen Versicherern 2023 gemeldet. Damit blieb die Anzahl in etwa konstant auf dem Niveau, das 2022 und auch schon 2019 vor dem „Corona-Knick“ verzeichnet wurde. Einen deutlichen Aufwuchs gab es allerdings bei der Gesamtschadenssumme, die um etwa 10 Millionen auf 160 Millionen Euro stieg. Die daraus resultierende durchschnittliche Schadenssumme von rund 1.100 Euro markiert einen neuen Rekord. Hauptgrund dürfte sein, dass vor allem hochwertige Räder gestohlen werden, die sich gut für einen Weiterverkauf eignen. Von denen stehen wegen des E-Bike- und Luxusrad-Booms in den letzten Jahren mehr und mehr an den Straßen und in den Kellern.

Die Hausratversicherung deckt Fahrraddiebstähle in der Regel ab. Bedingung ist allerdings, dass sich das Rad in einem verschlossenen Raum befunden hat (Wohnung, Abstellraum, Keller), also ein Einbruchdiebstahl vorliegt. Wird es, was häufiger der Fall ist, im Freien entwendet, dann erfolgt nur eine Entschädigung, wenn der Versicherungsvertrag eine Fahrradklausel enthält. Für hochwertige Fahrräder kann der Abschluss einer eigenständigen Fahrradversicherung mit erweitertem Schutz und höheren Versicherungssummen sinnvoll sein.

US-Investmentikone kommt nach Deutschland

Die US-Investorin Cathie Wood hat in der Vergangenheit derart häufig ein glückliches Händchen bewiesen, dass sie in der Szene Kultstatus genießt. Sogar T-Shirts mit dem Bekenntnis „In Cathie we trust“ werden vertrieben. Deutsche Anleger konnten bisher allerdings nicht an ihren Anlageerfolgen teilhaben, denn die Fonds ihrer Gesellschaft Ark Investment Management wurden ausschließlich in den USA gehandelt.

Das ändert sich nun: Mit drei Fonds betritt Wood den europäischen Markt. Es handelt sich um „aktive ETFs“, die zwar auf einem Index basieren, aber dessen Ineffizienzen mit aktivem Management ausnutzen wollen. Die Kosten dieser Hybridform sollen entsprechend niedriger ausfallen als bei reinen aktiv gemanagten Fonds, aber höher als bei klassischen ETFs.

Vor einer Beteiligung sollten Investoren sich allerdings verdeutlichen, dass die Fondsmanagerin eine riskante Strategie fährt, die große Wertschwankungen zur Folge hat. Ein Jahresplus oder -minus von mehr als 60 Prozent ist, wie die letzten Jahre gezeigt haben, durchaus möglich. Starke Nerven sollten Anleger also mitbringen.

Sturzflutrisiko schlägt sich künftig stärker in Versicherungsprämien nieder

Laut Klimaforschern wird Deutschland in Zukunft immer häufiger von Extremwettern heimgesucht werden. Das dadurch steigende Risiko von Sturzfluten wird nach Meinung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) bisher zu wenig in der Prämienkalkulation für die Elementarschadenversicherung berücksichtigt. Daher werden aktuell für rund ein Drittel der Adressen in Deutschland, vornehmlich im Mittel- und Hochgebirge, Sturzflut-Risikomodellierungen erstellt. Sie fließen voraussichtlich ab 2025 in das Geoinformationssystem ZÜRS Geo ein, das für ca. 22 Millionen Adressen das jeweilige Risiko für Überschwemmungen, Starkregen und Rückstau angibt und von den Versicherern standardmäßig für ihre Prämienkalkulation zurate gezogen wird.

„Insbesondere die Juli-Flut 2021 hat gezeigt, dass die bisherigen Hochwassersimulationen Sturzfluten nicht genau genug abbilden. In engen Gebirgstälern, in denen viel Wasser von den Berghängen stürzt, können die Flusspegel deutlich höher anschwellen als bei der gleichen Regenmenge im offenen Gelände“, begründet die stellvertretende GDV-Hauptgeschäftsführerin Anja Käfer-Rohrbach die ZÜRS-Ergänzung. Von zentraler Bedeutung sei eine stärkere Prävention, unter anderem durch Baustopps in Risikogebieten.

Haben „Finfluencer“ zu viel Einfluss?

Finanz-Influencer erreichen auf sozialen Medien mittlerweile Millionen von Menschen. Nicht immer jedoch sind die Anlagetipps dieser „Finfluencer“ seriös und frei von monetären Eigeninteressen. „Wer solchen Tipps blind folgt, riskiert Kapitaleinbußen bis hin zum Totalverlust“, warnt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf ihrer Homepage.

Der Reichweite der Finfluencer hat das bisher keinen Abbruch getan. Ihr Erfolgsrezept liegt meist in einer Einbettung der Finanzthemen in persönliche Geschichten und in emotionaler Aufladung. „Finfluencing ist eine Form des Infotainments“, meint denn auch Monika Kovarova-

Simecek von der Fachhochschule St. Pölten, an der zu Methoden und Einfluss der „Geldflüsterer“ geforscht wird.

Zwei Bundestagsabgeordnete fordern nun eine strengere Regulierung des Influencer-Marketings auf EU-Ebene, inklusive eines Werbeverbots für bestimmte (Finanz-)Produkte. Für die Anleger wäre es wohl ein Gewinn: Einer Studie des Swiss Finance Institute zufolge führte die Mehrheit von 29.000 ausgewerteten Finfluencer-Tipps zu Anlegerverlusten.